		Zur bankinternen Bearbeitung
Vereinbarung über die Nutzu	ng des OnlineBanking	Nr.
Konto-/Depotinhaber¹ (Name, Anschrift, Telefon, E-Mail-A	dresse, Kundennummer) Bank	
Bevollmächtigter ² (Name, Anschrift, Telefon, E-Mail-Adres	se, Kundennummer)	
Die folgende mit der Bank getroffene Vereinb	parung für die elektronische Datenü	permittlung im Wege des OnlineBanking-Dialogs gilt für:
PIN-/TAN-Verfahren	Telefon	
elektronische Signatur (HBCI-Software-	Version) elektronische	Signatur (HBCI-Chipkarten-Version)
1 Vertragsgegenstand		
		genannt, ist/sind zur Inanspruchnahme des OnlineBanking-Dialogs
in dem von der Bank angebotenen Umfang b		
alle derzeit und zukünftig unterhaltenen ausschließlich folgende Konten/Depots		
ausschließtich folgende Konten/Depots	des Kontoninabers.	
2 Verfügungshöchstbetrag		
Es gelten folgende Verfügungshöchstbeträg		
Verfügungen über OnlineBanking sind je		7
EUR	für IBAN	
EUR	pro Teilnehmer/IBAN	
EUR	pro Teilnehmer/Vertriebsweg	
L Der Verfügungshöchstbetrag ailt nicht fi	 ür Überweisungen zugunsten ande	er Konten des Kontoinhabers bei der Bank.
Verfügungen sind begrenzt auf:	y y	
Geschäftsvorfall (z. B. Überweisung)	EUR	t=täglich/w=wöchentlich/m=monatlich
3 Sperre des OnlineBanking-Angebots		
· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	um Konto/Depot auf Wunsch sper	en. Diese Sperre kann per OnlineBanking oder unter
(Telefonnummer)	veranlasst werder	
4 Entfällt		
4 Vereinbarung über die Nutzung des Die Bank stellt dem Kunden ein elektro		die Nutzung des elektronischen Postfachs gelten die Allgemeinen
Geschäftsbedingungen der Bank sowie	die Sonderbedingungen für das Or	lineBanking und für die Nutzung des elektronischen Postfachs. Der
Wortlaut dieser Bedingungen kann in d ausgehändigt oder zugesandt.	aen Geschaftsräumen der Bank eir	gesehen werden. Auf Verlangen werden diese Bedingungen auch
5 5 5 5 5 5 5 5 5 5 5 5 5 5 5 5 5 5 5 5		
1 Bei Abschluss durch einen Minderjährigen bitte eine ents	prechende Zustimmungserklärung zusätzlich v	rwenden.



2 Für die gesondert zu erteilende Vollmacht gegebenenfalls Vollmachtsformular 340 520 verwenden.
3 Diese Ankreuzoption kann nur mit dem Kontoinhaber oder dem gesetzlichen Vertreter, nicht aber mit dem Bevollmächtigten vereinbart werden.

_	Pasandara Varainhaw ma fiiu das Onlina Pauliu	
<u> </u>	Besondere Vereinbarung für das OnlineBankin a) mit PIN/TAN oder Telefon	g:
	aa) Schutz vor Missbrauch	
	Verwendet der Teilnehmer ein Telefon mit Ni fonats mit der Bank den Speicherinhalt zu übe dass ein Dritter durch Nutzung der Wahlwied	ummernspeicher und Wahlwiederholungsfunktion, ist er verpflichtet, nach Beendigung des Tele- erspielen (z.B. durch Eingabe einer beliebigen Nummer über die Tastatur). Dadurch wird verhindert, erholungsfunktion Kenntnis von der zuvor eingegebenen Kontonummer und PIN erhält bzw. miss- . Der Teilnehmer ist verpflichtet, die technische Verbindung zum VR-NetWorld-Angebot der Bank en:
	Internet-Adresse	
	Telefon-Nr.	
	receion in.	
		mit ihm im Rahmen des OnlineBanking–Dialogs geführten Telefonate sowie die von ihm über die aufzeichnet und solange aufbewahrt, wie dies zur ordnungsgemäßen Auftragsbearbeitung und
	Missbrauch geheim zu halten. Der Teilnehme Telefon-PIN) für den OnlineBanking-Zugang dd) Nutzung des OnlineBanking mittels Kont Der Teilnehmer kann das OnlineBanking auch tigen Drittdiensten nutzen. Die Authentifiziere	erfügung gestellten Transaktionsnummern (TAN) und die Telefon-PIN sind zur Vermeidung von ist aus Sicherheitsgründen verpflichtet, die ihm ausgehändigten Einstiegs-PIN (Online-PIN bzw. sofort zu ändern. binformationsdiensten, Zahlungsauslösediensten und sonstigen Drittdiensten imittels Kontoinformationsdiensten, Zahlungsauslösediensten und von ihm ausgewählten, sonsingselemente dürfen gegenüber einem vom Teilnehmer ausgewählten Zahlungsauslösedienst und en Drittdienst verwendet werden. Sofern der Teilnehmer sonstige Drittdienste nutzt, müssen diese
	b) mit elektronischer Signatur aa) Kommunikationszugänge	
	Die Bank ist unter folgenden Kommunikation	zugängen per Homebanking erreichbar:
	_	
	-	
	bb) Übertragungs- und Sicherungsverfahren	
	deutsche Kreditgewerbe geltenden Schnittst Die Dokumentation dieser Schnittstelle und e cc) Identifikations- und Legitimationsmediun Als Identifikations- und Legitimationsmediun nikationszugänge, Benutzerkennung, je ein Verschlüsseln, Zertifikat über öffentlichen Sc	erhält jeder Teilnehmer von der Bank eine Chipkarte mit den Zugangsdaten (Kunden-ID, Kommu- Schlüsselpaar aus privatem und öffentlichem Schlüssel des Karteninhabers zum Signieren und nlüssel des Karteninhabers, öffentlicher Schlüssel der Bank). nformationen versieht der Teilnehmer seine Nachrichten mit einer elektronischen Signatur. Hierzu asswort/seine PIN ein.
	(1) Schlüsselerzeugung	
	 banking-Dialogs sind folgende Initialisierung Jeder Teilnehmer erzeugt mithilfe seines I Signieren und zum Verschlüsseln der Nach Beim Erzeugen der Schlüsselpaare wählt Dieser wird auf dem Identifikations- und L 	Kundensystems je ein Schlüsselpaar aus privatem und öffentlichem Schlüssel zum elektronischen
	 Das vom Teilnehmer verwendete Kundens protokoll (Ini-Brief), das insbesondere de eigenhändig und übermittelt es im Origina Die Bank prüft die eigenhändige Untersch 	ystem erstellt bei jeder erstmaligen Übermittlung des öffentlichen Schlüssels ein Initialisierungs- n öffentlichen Schlüssel des Teilnehmers enthält. Der Teilnehmer unterschreibt dieses Protokoll
	sein bisheriges Schlüsselpaar sperren. Das ne Nach Schlüsseländerung werden mit dem alt	ei. n Wahl der Funktion "Schlüsseländerung" ein neues Schlüsselpaar mit der Bank vereinbaren und ue Schlüsselpaar wird sofort nach Eingang des neuen öffentlichen Schlüssels bei der Bank gültig. en Schlüssel signierte Nachrichten aus Sicherheitsgründen nicht bearbeitet. er Teilnehmer die nachstehenden Schritte durch:
	 Der Teilnehmer erzeugt mithilfe seines Ku Signieren und zum Verschlüsseln der Nach 	ndensystems je ein Schlüsselpaar aus privatem und öffentlichem Schlüssel zum elektronischen irichten.
	wird auf dem Identifikations- und Legitim	der Teilnehmer ein Passwort, das den Zugriff auf den privaten Signierschlüssel absichert. Dieser ationsmedium verschlüsselt abgespeichert. Das Passwort ist geheim zu halten. ort zum Signieren des Änderungsauftrags ein, der den neuen öffentlichen Schlüssel enthält. entlichen Schlüssel an die Bank.
	verwendet er sein Identifikations- und Legitin ee) Nutzung des OnlineBanking mittels Kontoi Der Teilnehmer kann das OnlineBanking auch gen Drittdiensten nutzen. Die Authentifizierur	formationen versieht der Teilnehmer seine Nachrichten mit einer elektronischen Signatur. Hierzu ationsmedium und gibt sein Passwort/seine PIN ein. nformationsdiensten, Zahlungsauslösediensten und sonstigen Drittdiensten mittels Kontoinformationsdiensten, Zahlungsauslösediensten und von ihm ausgewählten, sonstigeselemente dürfen gegenüber einem vom Teilnehmer ausgewählten Zahlungsauslösedienst und en Drittdienst verwendet werden. Sofern der Teilnehmer sonstige Drittdienste nutzt, müssen diese
	g. sang wange manke merderii	

Ergäi Onlir	beziehung der OnlineBanking-Bedingungen tend gelten die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Bank (AGB) sowie für die Teilnahme am OnlineBanking die "Sonderbedingungen für das Banking" und für die Beauftragung von Echtzeit-Überweisungen im OnlineBanking die "Sonderbedingungen für den Überweisungsverkehr". ortlaut dieser Bedingungen kann in den Geschäftsräumen der Bank eingesehen werden; auf Verlangen werden diese ausgehändigt.
Ort, D	tum Unterschrift des Teilnehmers
Diese	Dokument wird von der Bank nicht unterschrieben und ist auch ohne Unterschrift gültig.
	Name
	Bei dem Vertrag handelt es sich um einen Fernabsatzvertrag. Die Vertragsparteien bzw. deren Vertreter haben für die Vertragsverhandlungen und den Vertragsschluss im Rahmen eines für den Fernabsatz organisierten Vertriebs- oder Dienstleistungssystems ausschließlich Fernkommunikationsmittel verwendet. Bei dem Vertrag handelt es sich um einen außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Vertrag. Die Vertragsparteien bzw. deren Vertreter haben den Vertrag bei gleichzeitiger körperlicher Anwesenheit außerhalb von Geschäftsräumen der Bank geschlossen bzw. der Kunde hat sein Angebot bei gleichzeitiger körperlicher Anwesenheit außerhalb von Geschäftsräumen abgegeben oder der Vertrag wurde in den Geschäftsräumen der Bank geschlossen, der Kunde wurde jedoch unmittelbar zuvor außerhalb der Geschäftsräume bei gleichzeitiger körperlicher Anwesenheit des Kunden und der Bank persönlich und individuell angesprochen. Bei dem Vertrag handelt es sich um ein Präsenzgeschäft. Es liegen weder die Voraussetzungen für einen Fernabsatzvertrag noch für einen Außergeschäftsraumvertrag vor.
	Name
	Bei dem Vertrag handelt es sich um einen Fernabsatzvertrag. Die Vertragsparteien bzw. deren Vertreter haben für die Vertragsverhandlungen und den Vertragsschluss im Rahmen eines für den Fernabsatz organisierten Vertriebs- oder Dienstleistungssystems ausschließlich Fernkommunikationsmittel verwendet. Bei dem Vertrag handelt es sich um einen außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Vertrag. Die Vertragsparteien bzw. deren Vertreter haben den Vertrag bei gleichzeitiger körperlicher Anwesenheit außerhalb von Geschäftsräumen der Bank geschlossen bzw. der Kunde hat sein Angebot bei gleichzeitiger körperlicher Anwesenheit außerhalb von Geschäftsräumen abgegeben oder der Vertrag wurde in den Geschäftsräumen der Bank geschlossen, der Kunde wurde jedoch unmittelbar zuvor außerhalb der Geschäftsräume bei gleichzeitiger körperlicher Anwesenheit des Kunden und der Bank persönlich und individuell angesprochen. Bei dem Vertrag handelt es sich um ein Präsenzgeschäft. Es liegen weder die Voraussetzungen für einen Fernabsatzvertrag noch für einen Außergeschäftsraumvertrag vor.

Varrairaharrurar iiharradia	Notes e de contine Dentine	Zur bankinternen Bearbeitung
vereinbarung über die	Nutzung des OnlineBanking	Nr.
Konto-/Depotinhaber ¹ (Name, Anschrift, Telefo	on, E-Mail-Adresse, Kundennummer) Bank	
Bevollmächtigter ² (Name, Anschrift, Telefon, E	-Mail-Adresse, Kundennummer)	
PIN-/TAN-Verfahren	Telefon	permittlung im Wege des OnlineBanking-Dialogs gilt für:
in dem von der Bank angebotenen l	Bevollmächtigte, im Folgenden Teilnehmer Jmfang berechtigt. Die Nutzung des Onlinel rhaltenen Konten/Depots des Kontoinhabers	
Verfügungshöchstbetrag Es gelten folgende Verfügungshöch Verfügungen über OnlineBankii	nstbeträge: ng sind je Kalendertag begrenzt auf:	
EUR	für IBAN	
EUR	pro Teilnehmer/IBAN	
EUR	pro Teilnehmer/Vertriebsweg	
Der Verfügungshöchstbetrag gi Verfügungen sind begrenzt auf	 t nicht für Überweisungen zugunsten ande :	rer Konten des Kontoinhabers bei der Bank.
Geschäftsvorfall (z. B. Überwei	sung) EUR	t=täglich/w=wöchentlich/m=monatlich
3 Sperre des OnlineBanking-Ange	hots	
Die Bank wird den OnlineBanking-	Zugang zum Konto/Depot auf Wunsch sper	ren. Diese Sperre kann per OnlineBanking oder unter
(Telefonnummer) 4 Entfällt	veranlasst werder	•
Die Bank stellt dem Kunden ei Geschäftsbedingungen der Ba	nk sowie die Sonderbedingungen für das Or	die Nutzung des elektronischen Postfachs gelten die Allgemeinen lineBanking und für die Nutzung des elektronischen Postfachs. Der gesehen werden. Auf Verlangen werden diese Bedingungen auch
	te eine entsprechende Zustimmungserklärung zusätzlich vo gebenenfalls Vollmachtsformular 340 520 verwenden.	erwenden.

 Besondere Vereinbarung für das OnlineBanking a) mit PIN/TAN oder Telefon	
fonats mit der Bank den Speicherinhalt zu übe dass ein Dritter durch Nutzung der Wahlwiede	ummernspeicher und Wahlwiederholungsfunktion, ist er verpflichtet, nach Beendigung des Tele- erspielen (z.B. durch Eingabe einer beliebigen Nummer über die Tastatur). Dadurch wird verhindert, erholungsfunktion Kenntnis von der zuvor eingegebenen Kontonummer und PIN erhält bzw. miss- Der Teilnehmer ist verpflichtet, die technische Verbindung zum VR-NetWorld-Angebot der Banken:
Internet-Adresse	
Telefon-Nr.	
	mit ihm im Rahmen des OnlineBanking-Dialogs geführten Telefonate sowie die von ihm über die aufzeichnet und solange aufbewahrt, wie dies zur ordnungsgemäßen Auftragsbearbeitung und
 Missbrauch geheim zu halten. Der Teilnehmer Telefon-PIN) für den OnlineBanking-Zugang s dd) Nutzung des OnlineBanking mittels Konto Der Teilnehmer kann das OnlineBanking auch tigen Drittdiensten nutzen. Die Authentifizieru Kontoinformationsdienst sowie einem sonstig sorgfältig ausgewählt werden.	erfügung gestellten Transaktionsnummern (TAN) und die Telefon-PIN sind zur Vermeidung von rist aus Sicherheitsgründen verpflichtet, die ihm ausgehändigten Einstiegs-PIN (Online-PIN bzw. sofort zu ändern. Dinformationsdiensten, Zahlungsauslösediensten und sonstigen Drittdiensten mittels Kontoinformationsdiensten, Zahlungsauslösediensten und von ihm ausgewählten, sonsingselemente dürfen gegenüber einem vom Teilnehmer ausgewählten Zahlungsauslösedienst und en Drittdienst verwendet werden. Sofern der Teilnehmer sonstige Drittdienste nutzt, müssen diese
b) mit elektronischer Signatur aa) Kommunikationszugänge Die Bank ist unter folgenden Kommunikations	szugängen per Homebanking erreichbar:
-	
-	
deutsche Kreditgewerbe geltenden Schnittst Die Dokumentation dieser Schnittstelle und e cc) Identifikations- und Legitimationsmedium Als Identifikations- und Legitimationsmedium nikationszugänge, Benutzerkennung, je ein S Verschlüsseln, Zertifikat über öffentlichen Sch	nerhält jeder Teilnehmer von der Bank eine Chipkarte mit den Zugangsdaten (Kunden-ID, Kommu- Schlüsselpaar aus privatem und öffentlichem Schlüssel des Karteninhabers zum Signieren und hlüssel des Karteninhabers, öffentlicher Schlüssel der Bank). nformationen versieht der Teilnehmer seine Nachrichten mit einer elektronischen Signatur. Hierzu asswort/seine PIN ein.
(1) Schlüsselerzeugung Jeder Teilnehmer erhält von der Bank Zugang	gsdaten (Kunden-ID, Kommunikationszugänge, Benutzerkennung). Vor der Aufnahme des Home-
banking-Dialogs sind folgende Initialisierung	sschritte durchzuführen:
 Jeder Teilnehmer erzeugt mithilte seines K Signieren und zum Verschlüsseln der Nach 	Kundensystems je ein Schlüsselpaar aus privatem und öffentlichem Schlüssel zum elektronischen Brichten
 Beim Erzeugen der Schlüsselpaare wählt Dieser wird auf dem Identifikations- und L 	jeder Teilnehmer ein Passwort/PIN, das den Zugriff auf den privaten Signierschlüssel absichert egitimationsmedium verschlüsselt abgespeichert. Das Passwort ist geheim zu halten. jeder Teilnehmer seine öffentlichen Schlüssel an die Bank.
protokoll (Ini-Brief), das insbesondere der eigenhändig und übermittelt es im Origina	ystem erstellt bei jeder erstmaligen Übermittlung des öffentlichen Schlüssels ein Initialisierungs- n öffentlichen Schlüssel des Teilnehmers enthält. Der Teilnehmer unterschreibt dieses Protokol al an die Bank.
übermittelten öffentlichen Schlüssel des T vereinbarten Homebanking-Funktionen fro	
sein bisheriges Schlüsselpaar sperren. Das ne Nach Schlüsseländerung werden mit dem alte	n Wahl der Funktion "Schlüsseländerung" ein neues Schlüsselpaar mit der Bank vereinbaren unc ue Schlüsselpaar wird sofort nach Eingang des neuen öffentlichen Schlüssels bei der Bank gültig en Schlüssel signierte Nachrichten aus Sicherheitsgründen nicht bearbeitet. er Teilnehmer die nachstehenden Schritte durch:
 Der Teilnehmer erzeugt mithilfe seines Ku Signieren und zum Verschlüsseln der Nach 	ındensystems je ein Schlüsselpaar aus privatem und öffentlichem Schlüssel zum elektronischer ırichten.
wird auf dem Identifikations- und Legitima – Der Teilnehmer gibt sein bisheriges Passwo – Der Teilnehmer übermittelt den neuen öffe	der Teilnehmer ein Passwort, das den Zugriff auf den privaten Signierschlüssel absichert. Diese ationsmedium verschlüsselt abgespeichert. Das Passwort ist geheim zu halten. ort zum Signieren des Änderungsauftrags ein, der den neuen öffentlichen Schlüssel enthält. entlichen Schlüssel an die Bank.
verwendet er sein Identifikations- und Legitim	formationen versieht der Teilnehmer seine Nachrichten mit einer elektronischen Signatur. Hierzu aationsmedium und gibt sein Passwort/seine PIN ein.
	nformationsdiensten, Zahlungsauslösediensten und sonstigen Drittdiensten mittels Kontoinformationsdiensten, Zahlungsauslösediensten und von ihm ausgewählten, sonsti-

	Unterschrift des Teilnehmers
atum	
	X
es Dokument wird von der Bank nicht unterschrieben und	d ist auch ohne Unterschrift gültig.

6 Einbeziehung der OnlineBanking-Bedingungen

Varrairaharrurar iiharradia	Notes e de contine Dentine	Zur bankinternen Bearbeitung
vereinbarung über die	Nutzung des OnlineBanking	Nr.
Konto-/Depotinhaber ¹ (Name, Anschrift, Telefo	on, E-Mail-Adresse, Kundennummer) Bank	
Bevollmächtigter ² (Name, Anschrift, Telefon, E	-Mail-Adresse, Kundennummer)	
PIN-/TAN-Verfahren	Telefon	permittlung im Wege des OnlineBanking-Dialogs gilt für:
in dem von der Bank angebotenen l	Bevollmächtigte, im Folgenden Teilnehmer Jmfang berechtigt. Die Nutzung des Onlinel rhaltenen Konten/Depots des Kontoinhabers	
Verfügungshöchstbetrag Es gelten folgende Verfügungshöch Verfügungen über OnlineBankii	nstbeträge: ng sind je Kalendertag begrenzt auf:	
EUR	für IBAN	
EUR	pro Teilnehmer/IBAN	
EUR	pro Teilnehmer/Vertriebsweg	
Der Verfügungshöchstbetrag gi Verfügungen sind begrenzt auf	 t nicht für Überweisungen zugunsten ande :	rer Konten des Kontoinhabers bei der Bank.
Geschäftsvorfall (z. B. Überwei	sung) EUR	t=täglich/w=wöchentlich/m=monatlich
3 Sperre des OnlineBanking-Ange	hots	
Die Bank wird den OnlineBanking-	Zugang zum Konto/Depot auf Wunsch sper	ren. Diese Sperre kann per OnlineBanking oder unter
(Telefonnummer) 4 Entfällt	veranlasst werder	•
Die Bank stellt dem Kunden ei Geschäftsbedingungen der Ba	nk sowie die Sonderbedingungen für das Or	die Nutzung des elektronischen Postfachs gelten die Allgemeinen lineBanking und für die Nutzung des elektronischen Postfachs. Der gesehen werden. Auf Verlangen werden diese Bedingungen auch
	te eine entsprechende Zustimmungserklärung zusätzlich vo gebenenfalls Vollmachtsformular 340 520 verwenden.	erwenden.

	Besondere Vereinbarung für das OnlineBanking: a) mit PIN/TAN oder Telefon	
	aa) Schutz vor Missbrauch	
	Verwendet der Teilnehmer ein Telefon mit Numr fonats mit der Bank den Speicherinhalt zu übersp dass ein Dritter durch Nutzung der Wahlwiederh	mernspeicher und Wahlwiederholungsfunktion, ist er verpflichtet, nach Beendigung des Tele- pielen (z. B. durch Eingabe einer beliebigen Nummer über die Tastatur). Dadurch wird verhindert, olungsfunktion Kenntnis von der zuvor eingegebenen Kontonummer und PIN erhält bzw. miss-
	bräuchlich Zugang zum OnlineBanking erhält. De nur über folgende Zugangskanäle herzustellen:	er Teilnehmer ist verpflichtet, die technische Verbindung zum VR-NetWorld-Angebot der Bank
	Internet-Adresse	
	Telefon-Nr.	
		t ihm im Rahmen des OnlineBanking–Dialogs geführten Telefonate sowie die von ihm über die fzeichnet und solange aufbewahrt, wie dies zur ordnungsgemäßen Auftragsbearbeitung und
	Missbrauch geheim zu halten. Der Teilnehmer ist Telefon-PIN) für den OnlineBanking-Zugang sof dd) Nutzung des OnlineBanking mittels Kontoinf Der Teilnehmer kann das OnlineBanking auch m tigen Drittdiensten nutzen. Die Authentifizierung Kontoinformationsdienst sowie einem sonstigen	ügung gestellten Transaktionsnummern (TAN) und die Telefon-PIN sind zur Vermeidung von taus Sicherheitsgründen verpflichtet, die ihm ausgehändigten Einstiegs-PIN (Online-PIN bzw. ort zu ändern. formationsdiensten, Zahlungsauslösediensten und sonstigen Drittdiensten ittels Kontoinformationsdiensten, Zahlungsauslösediensten und von ihm ausgewählten, sonsselemente dürfen gegenüber einem vom Teilnehmer ausgewählten Zahlungsauslösedienst und Drittdienst verwendet werden. Sofern der Teilnehmer sonstige Drittdienste nutzt, müssen diese
	sorgfältig ausgewählt werden. b) mit elektronischer Signatur aa) Kommunikationszugänge Die Beak ist unter folganden Kommunikationszu	gängan par Hamahanling arraichhau
	Die Bank ist unter folgenden Kommunikationszu	gangen per Homebanking erreichbar:
	-	
	-	
	bb) Übertragungs- und Sicherungsverfahren	
	deutsche Kreditgewerbe geltenden Schnittstelle Die Dokumentation dieser Schnittstelle und eine cc) Identifikations- und Legitimationsmedium fü	chen Teilnehmer und Bank hat der Teilnehmer ein Kundensystem einzusetzen, das die für das en (Homebanking-Computer-Interface-Schnittstellenspezifikation) einhält. e Verfahrensanleitung sind im Internet unter www.hbci-zka.de abrufbar. ir HBCI-Chipkartenversion hält jeder Teilnehmer von der Bank eine Chipkarte mit den Zugangsdaten (Kunden-ID, Kommu-
	Verschlüsseln, Zertifikat über öffentlichen Schlüs	
	(1) Schlüsselerzeugung	
	banking-Dialogs sind folgende Initialisierungssc	daten (Kunden-ID, Kommunikationszugänge, Benutzerkennung). Vor der Aufnahme des Home- :hritte durchzuführen: :densystems je ein Schlüsselpaar aus privatem und öffentlichem Schlüssel zum elektronischen
		hten. der Teilnehmer ein Passwort/PIN, das den Zugriff auf den privaten Signierschlüssel absichert. itimationsmedium verschlüsselt abgespeichert. Das Passwort ist geheim zu halten.
	 Mittels seines Kundensystems übermittelt jed Das vom Teilnehmer verwendete Kundensyste 	der Teilnehmer seine öffentlichen Schlüssel an die Bank. em erstellt bei jeder erstmaligen Übermittlung des öffentlichen Schlüssels ein Initialisierungs- ffentlichen Schlüssel des Teilnehmers enthält. Der Teilnehmer unterschreibt dieses Protokoll
	eigenhändig und übermittelt es im Original a – Die Bank prüft die eigenhändige Unterschrift übermittelten öffentlichen Schlüssel des Teilr	
	sein bisheriges Schlüsselpaar sperren. Das neue	/ahl der Funktion "Schlüsseländerung" ein neues Schlüsselpaar mit der Bank vereinbaren und Schlüsselpaar wird sofort nach Eingang des neuen öffentlichen Schlüssels bei der Bank gültig. Schlüssel signierte Nachrichten aus Sicherheitsgründen nicht bearbeitet.
	·	ensystems je ein Schlüsselpaar aus privatem und öffentlichem Schlüssel zum elektronischen
	wird auf dem Identifikations- und Legitimatic	r Teilnehmer ein Passwort, das den Zugriff auf den privaten Signierschlüssel absichert. Dieser onsmedium verschlüsselt abgespeichert. Das Passwort ist geheim zu halten. zum Signieren des Änderungsauftrags ein, der den neuen öffentlichen Schlüssel enthält. lichen Schlüssel an die Bank.
	(2) Schlüsselnutzung Zur Auftragserteilung oder zur Ahfrage von Infori	mationen versieht der Teilnehmer seine Nachrichten mit einer elektronischen Signatur. Hierzu
	verwendet er sein Identifikations- und Legitimatie ee) Nutzung des OnlineBanking mittels Kontoinfo	onsmedium und gibt sein Passwort/seine PIN ein. ormationsdiensten, Zahlungsauslösediensten und sonstigen Drittdiensten
`	Der Teilnehmer kann das OnlineBanking auch mit	tels Kontoinformationsdiensten, Zahlungsauslösediensten und von ihm ausgewählten, sonsti-

Wortlaut dieser Bedingungen kann in den Gesch	ingen der Bank (AGB) sowie für die Teilnahme am OnlineBanking die "Sonderbedingungen f eit-Überweisungen im OnlineBanking die "Sonderbedingungen für den Überweisungsver äftsräumen der Bank eingesehen werden; auf Verlangen werden diese ausgehändigt.
Datum	Unterschrift des Teilnehmers
	X
es Dokument wird von der Bank nicht unterschrie	eben und ist auch ohne Unterschrift gültig.

Vorvertragliche Information für außerhalb von Geschäftsräumen geschlossene Verträge und für Fernabsatzverträge - Vereinbarung über das **OnlineBanking**

Seite 1

Stand:	10/2025	

Diese Information gilt bis auf weiteres und steht nur in deutscher Sprache zur Verfügung.

Sparda-Bank West eG Ludwig-Erhard-Allee 15 40227 Düsseldorf

Zuständige Filiale

Sparda-Bank West eG Sparda-Bank West eG Ludwig-Erhard-Allee 15 Ludwig-Erhard-Allee 15 40227 Düsseldorf 40227 Düsseldorf Telefax

Telefax

0211 23 93 23 93 0211 23 93 23 366 0211 23 93 23 93 0211 23 93 23 366

info@sparda-west.de info@sparda-west.de

Gesetzlich Vertretungsberechtigter der Bank ist der Vorstand

Andreas Lösing (Vorsitzender), Dominik Schlarmann (stellv. Vorsitzender), Sebastian Schöpper

Name und Anschrift des für die Bank handelnden Vermittlers/Dienstleisters

Eintragung (der Hauptniederlassung) im Genossenschaftsregister

Amtsgericht Düsseldorf Gen.-Reg. Nr. 473

Umsatzsteueridentifikationsnummer

DE119824368

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Bankgeschäften aller Art und von damit zusammenhängenden Geschäften. Die für die Zulassung von Kreditinstituten zuständige Aufsichtsbehörde ist die Europäische Zentralbank, Sonnemannstraße 22, 60314 Frankfurt am Main, Deutschland (Postanschrift: Europäische Zentralbank, 60640 Frankfurt am Main, Deutschland); die für den Schutz der kollektiven Verbraucherinteressen zuständige Aufsichtsbehörde ist die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Graurheindorfer Straße 108, 53117 Bonn bzw. Marie-Curie-Straße 24-28, 60439 Frankfurt am Main. Maßgebliche Sprache für dieses Vertragsverhältnis und die Kommunikation mit dem Kunden während der Laufzeit des Vertrages ist Deutsch. Gemäß Nr. 6 Abs. 1 der Allgemeinen Geschäftsbedingungen gilt für den Vertragsschluss und die gesamte Geschäftsverbindung zwischen dem Kunden und der Bank deutsches Recht. Es gibt keine vertragliche Gerichtsstandklausel. Die Bank ist der BVR Institutssicherung GmbH und der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. angeschlossen (Näheres vgl. Nr. 20 der **Allgemeinen Geschäftsbedingungen**).

Beschwerdestelle der Bank:

Qualitätsmanagement der Sparda-Bank West eG Postfach 101055 40001 Düsseldorf

Die Bank nimmt am Streitbeilegungsverfahren der deutschen genossenschaftlichen Bankengruppe teil. Für die Beilegung von Streitigkeiten mit der Bank besteht daher für Privatkunden, Firmenkunden sowie bei Ablehnung eines Antrags auf Abschluss eines Basiskontovertrags für Nichtkunden die Möglichkeit, den Ombudsmann für die genossenschaftliche Bankengruppe anzurufen (https://www.bvr.de/Service/Kundenbeschwerdestelle). Näheres regelt die "Verfahrensordnung für die außergerichtliche Schlichtung von Kundenbeschwerden im Bereich der deutschen genossenschaftlichen Bankengruppe", die auf Wunsch zur Verfügung gestellt wird. Die Beschwerde ist in Textform (z. B. mittels Brief oder E-Mail) an die Kundenbeschwerdestelle beim Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken – BVR, Schellingstraße 4, 10785 Berlin, E-Mail: kundenbeschwerdestelle@bvr.de zu richten.

Betrifft der Beschwerdegegenstand eine Streitigkeit aus dem Anwendungsbereich des Zahlungsdiensterechts (§§ 675c bis 676c des Bürgerlichen Gesetzbuchs, Art. 248 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch, § 48 des Zahlungskontengesetzes und Vorschriften des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes) besteht zudem die Möglichkeit, eine Beschwerde bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht einzulegen. Die Verfahrensordnung ist bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht erhältlich. Die Adresse lautet: Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Graurheindorfer Straße 108, 53117 Bonn, E-Mail: schlichtungsstelle@bafin.de.

Zudem besteht auch die Möglichkeit, eine Beschwerde unmittelbar bei der Bank einzulegen. Die Bank wird Beschwerden in Textform (z. B. mittels Brief, Telefax oder E-Mail) beantworten.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht stellt unter

https://www.bafin.de/DE/Verbraucher/BeschwerdenStreitschlichtung/BeiBaFinbeschweren/BeiBaFinbeschweren node.html Wissenswertes zu Beschwerden über beaufsichtigte Unternehmen bereit.

Zudem besteht die Möglichkeit, eine zivilrechtliche Klage einzureichen.

Informationen zur Vereinbarung über die Nutzung des OnlineBanking

Auf der Grundlage einer Vereinbarung mit der Bank über die Nutzung des OnlineBanking kann der Kunde Konto- und Depotabfragen tätigen bzw. Bankgeschäfte über das Internet in dem vom Kreditinstitut gebotenen Umfang abwickeln. Voraussetzung hierfür ist, dass der Kunde ein Konto bei der Bank unterhält. Der Nutzungsumfang des OnlineBanking kann dabei auf bestimmte Geschäftsvorfälle und auf Höchstbeträge begrenzt werden. Als sichere Authentifizierungsinstrumente werden dem Kunden für die Übermittlung von Aufträgen eine persönliche Identifikationsnummer (PIN) und zusätzlich mindestens eines der nachfolgenden Transaktionsfreigabeverfahren zur Verfügung gestellt:

- TAN-Erzeugung mittels einer Bankcard / girocard und eines TAN-Generators (chipTAN)
- Freigabe mit Sicherheits-App (SecureApp).

Die Bank kann jedes der aufgelisteten Transaktionsfreigabeverfahren deaktivieren bzw. neue Transaktionsfreigabeverfahren einführen

Für verbindliche Aufträge bzw. Mitteilungen ist im OnlineBanking ausschließlich das Kontakt-Center zu nutzen. Die dabei einzugebende TAN zur Bestätigung des Auftrags bzw. der Mitteilung ist die elektronische Unterschrift. Alternativ können Aufträge und Mitteilungen auch per Brief, Fax oder Telefon übermittelt werden. Aufträge und Mitteilungen per E-Mail können nicht angenommen werden.

Die Nutzung des OnlineBanking ist kostenfrei.

Die Änderung von Entgelten während der Laufzeit der Vereinbarung über die Nutzung des OnlineBanking mit den genannten Authentifizierungsinstrumenten erfolgt nach Maßgabe von Nr. 12 Abs. 1 und Abs. 7 der AGB-Banken.

Kosten, die nicht von der Bank abgeführt oder in Rechnung gestellt werden (z. B. für Telefon, Internet, Porto), hat der Kunde selbst zu tragen.

Es gibt keinen Leistungsvorbehalt, es sei denn, dieser ist ausdrücklich vereinbart.

Die Bank erfüllt ihre Verpflichtungen aus der Vereinbarung über die Nutzung des OnlineBanking, indem sie dem Kunden die erforderlichen Authentifizierungs-instrumente (PIN und mindestens eines der genannten Transaktionsfreigabeverfahren) und den Kunden für die Nutzung des OnlineBanking freischaltet. Sie wird des Weiteren die vom Kunden freigegebenen, mittels OnlineBanking übermittelten Aufträge im Rahmen des ordnungsgemäßen Arbeitsablaufes bearbeiten.

Die Vereinbarung über die Nutzung des OnlineBanking mit dem jeweiligen Authentifizierungsinstrument kann vom Kunden jederzeit gekündigt werden. Im Übrigen gelten die in Nr. 18 und 19 der AGB-Banken für die Kunden und die Bank festgelegten Kündigungsregeln.

Es besteht keine Mindestlaufzeit.

Die Bank erwirbt als Sicherheit für ihre Forderungen ein Pfandrecht an den Wertpapieren und Sachen, an denen eine inländische Geschäftsstelle Besitz erlangt oder noch erlangen wird. Die Bank erwirbt ein Pfandrecht auch an den Ansprüchen, die dem Kunden gegen die Bank aus der bankmäßigen Geschäftsverbindung zustehen oder künftig zustehen werden. Das Pfandrecht dient der Sicherung aller bestehenden, künftigen und bedingten Ansprüche, die der Bank gegen den Kunden zustehen.

Für den gesamten Geschäftsverkehr gelten ergänzend die **Allgemeinen Geschäftsbedingungen** der Bank (AGB) sowie für die Teilnahme am OnlineBanking die "**Sonderbedingungen** für das OnlineBanking" und für die Beauftragung von Echtzeit-Überweisungen im OnlineBanking die "**Sonderbedingungen** für den Überweisungsverkehr". Bei Nutzung des elektronischen Postfachs gelten ferner zusätzlich die "**Sonderbedingungen** für das elektronische Postfach". Der Wortlaut dieser Bedingungen kann in den Geschäftsräumen der Bank eingesehen oder im Internet abgerufen werden. Auf Wunsch werden diese Bedingungen ausgehändigt oder zugesandt.

Die genannten Sonderbedingungen und die AGB stehen nur in deutscher Sprache zur Verfügung. Bei Änderungsvereinbarungen ergeben sich weiterführende Informationen auch aus der ursprünglichen Vertragsurkunde.

Informationen zum Zustandekommen des Vertrags

Der Vertrag ist zustande gekommen, wenn der Kunde auf das seitens der Bank erklärte Angebot (z.B. per Telefon oder per OnlineBanking) die Annahme dieses Angebots erklärt bzw. die Bank das von dem Kunden erklärte Angebot angenommen hat. Durch die im Nachgang vorgenommene Übersendung einer Bestellbestätigung wird der abgeschlossene Vertrag lediglich bestätigt.

Widerrufsbelehrung

Abschnitt 1 Widerrufsrecht

Sie können Ihre Vertragserklärung innerhalb von 14 Tagen ohne Angabe von Gründen mittels einer eindeutigen Erklärung widerrufen. Die Frist beginnt nach Abschluss des Vertrags und nachdem Sie die Vertragsbestimmungen einschließlich der Allgemeinen Geschäftsbedingungen sowie alle nachstehend unter Abschnitt 2 aufgeführten Informationen auf einem dauerhaften Datenträger (z. B. Brief, Telefax, E-Mail) erhalten haben. Zur Wahrung der Widerrufsfrist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs, wenn die Erklärung auf einem dauerhaften Datenträger erfolgt. Der Widerruf ist zu richten an:

Sparda-Bank West eG Ludwig-Erhard-Allee 15 40227 Düsseldorf Fax: 0211 23 93 23 366

E-Mail: info@sparda-west.de

Abschnitt 2

Für den Beginn der Widerrufsfrist erforderliche Informationen

Die Informationen im Sinne des Abschnitts 1 Satz 2 umfassen folgende Angaben:

Allgemeine Informationen:

- 1. das Bestehen oder Nichtbestehen eines Widerrufsrechts sowie die Bedingungen, Einzelheiten der Ausübung, insbesondere Name und Anschrift desjenigen, gegenüber dem der Widerruf zu erklären ist, und die Rechtsfolgen des Widerrufs einschließlich Informationen über den Betrag, den der Verbraucher im Falle des Widerrufs für die erbrachte Leistung zu zahlen hat, sofern er zur Zahlung von Wertersatz verpflichtet ist (zugrundeliegende Vorschrift: § 357b des Bürgerlichen Gesetzbuchs);
- die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, deren Recht der Zahlungsdienstleister der Aufnahme von Beziehungen zum Verbraucher vor Abschluss des Vertrags zugrunde legt;
- 3. Einzelheiten hinsichtlich der Zahlung und der Erfüllung;

~· ∼	ıta.	٠.
v DC	ıre.	

4. das Bestehen eines Garantiefonds oder anderer Entschädigungsregelungen, die weder unter die Richtlinie 2014/49 EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über Einlagensicherungssysteme (ABI. L 173 vom 12.6.2014, S. 149; L 212 vom 18.7.2014, S. 47; L 309 vom 30.10.2014, S. 37) geschaffenen Einlagensicherungssysteme noch unter die Richtlinie 97/9/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. März 1997 über Systeme für die Entschädigung der Anleger (ABI. L 84 vom 26.3.1997, S. 22) geschaffenen Anlegerentschädigungssystem fallen;

Informationen zur Erbringung von Zahlungsdiensten:

- 5. zum Zahlungsdienstleister
 - a) den Namen und die ladungsfähige Anschrift seiner Hauptverwaltung sowie alle anderen Anschriften einschließlich E-Mail-Adresse, die für die Kommunikation mit dem Zahlungsdienstleister von Belang sind;
 - b) den Namen und die ladungsfähige Anschrift seines Agenten oder seiner Zweigniederlassung in dem Mitgliedstaat, in dem der Zahlungsdienst angeboten wird;
 - c) die für den Zahlungsdienstleister zuständigen Aufsichtsbehörden und das bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht geführte Register oder jedes andere relevante öffentliche Register, in das der Zahlungsdienstleister als zugelassen eingetragen ist, sowie seine Registernummer oder eine gleichwertige in diesem Register verwendete Kennung;
- 6. zur Nutzung des Zahlungsdienstes
 - a) eine Beschreibung der wesentlichen Merkmale des zu erbringenden Zahlungsdienstes;
 - b) Informationen oder Kundenkennungen, die für die ordnungsgemäße Auslösung oder Ausführung eines Zahlungsauftrags erforderlich sind;
 - die Art und Weise der Zustimmung zur Auslösung eines Zahlungsauftrags oder zur Ausführung eines Zahlungsvorgangs und des Widerrufs eines Zahlungsauftrags (zugrundeliegende Vorschriften: §§ 675j und 675p des Bürgerlichen Gesetzbuchs);
 - d) den Zeitpunkt, ab dem ein Zahlungsauftrag als zugegangen gilt (zugrundeliegende Vorschrift: § 675n Absatz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs);
 - e) einen vom Zahlungsdienstleister festgelegten Zeitpunkt nahe am Ende eines Geschäftstags, bei dessen Ablauf ein nach diesem Zeitpunkt zugegangener Zahlungsauftrag des Verbrauchers als am darauf folgenden Geschäftstag zugegangen gilt (zugrundeliegende Vorschrift: § 675n Absatz 1 Satz 3 des Bürgerlichen Gesetzbuchs);
 - f) die maximale Ausführungsfrist für die zu erbringenden Zahlungsdienste;
 - g) einen Hinweis auf die Möglichkeit, Betragsobergrenzen für die Nutzung eines Zahlungsinstruments (wie beispielsweise eine Zahlungskarte) zu vereinbaren (zugrundeliegende Vorschrift: § 675k Absatz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuches):
- 7. zu Entgelten, Zinsen und Wechselkursen
 - a) alle Entgelte, die der Verbraucher an den Zahlungsdienstleister zu entrichten hat, einschließlich derjenigen, die sich danach richten, wie und wie oft über die geforderten Informationen zu unterrichten ist;
- 8. zur Kommunikation
 - a) die Kommunikationsmittel, deren Nutzung für die Informationsübermittlung und Anzeigepflichten vereinbart wird, einschließlich der technischen Anforderungen an die Ausstattung und die Software des Verbrauchers;
 - Angaben dazu, wie und wie oft die vom Zahlungsdienstleister vor und während des Vertragsverhältnisses, vor der Ausführung von Zahlungsvorgängen sowie bei einzelnen Zahlungsvorgängen zu erteilenden Informationen mitzuteilen oder zugänglich zu machen sind;
 - c) die Sprache oder die Sprachen, in der oder in denen der Vertrag zu schließen ist und in der oder in denen die Kommunikation für die Dauer des Vertragsverhältnisses erfolgen soll;
 - d) einen Hinweis auf das Recht des Verbrauchers, während der Vertragslaufzeit jederzeit die Übermittlung der Vertragsbedingungen sowie der in dieser Widerrufsbelehrung genannten vorvertraglichen Informationen zur Erbringung von Zahlungsdiensten in Papierform oder auf einem anderen dauerhaften Datenträger zu verlangen;
- 9. zu den Schutz- und Abhilfemaßnahmen
 - eine Beschreibung, wie der Verbraucher ein Zahlungsinstrument sicher aufbewahrt und wie er seine Pflicht gegenüber dem Zahlungsdienstleister oder einer von diesem benannten Stelle erfüllt, den Verlust, den Diebstahl, die missbräuchliche Verwendung oder die sonstige nicht autorisierte Nutzung eines Zahlungsinstruments unverzüglich anzuzeigen, nachdem er hiervon Kenntnis erlangt hat (zugrundeliegende Vorschrift: § 675k Absatz 1 Satz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs);
 - b) eine Beschreibung des sicheren Verfahrens zur Unterrichtung des Verbrauchers durch den Zahlungsdienstleister im Fall vermuteten oder tatsächlichen Betrugs oder bei Sicherheitsrisiken;
 - c) die Bedingungen, unter denen sich der Zahlungsdienstleister das Recht vorbehält, ein Zahlungsinstrument des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu sperren (zugrundeliegende Vorschrift: § 675k Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs);
 - d) Informationen zur Haftung des Verbrauchers bei Verlust, Diebstahl, Abhandenkommen oder sonstiger missbräuchlicher Verwendung des Zahlungsinstrumentes einschließlich Angaben zum Höchstbetrag (zugrundeliegende Vorschrift: § 675v des Bürgerlichen Gesetzbuchs);
 - e) Informationen über die Haftung des Zahlungsdienstleisters bei nicht autorisierten Zahlungsvorgängen (zugrundeliegende Vorschrift: § 675u des Bürgerlichen Gesetzbuchs);
 - f) Ängaben dazu, wie und innerhalb welcher Frist der Verbraucher dem Zahlungsdienstleister nicht autorisierte oder fehlerhaft ausgelöste oder ausgeführte Zahlungsvorgänge anzeigen muss (zugrundeliegende Vorschrift: § 676b des Bürgerlichen Gesetzbuchs):
 - g) Informationen über die Haftung des Zahlungsdienstleisters bei nicht erfolgter, fehlerhafter oder verspäteter Auslösung oder Ausführung von Zahlungsvorgängen sowie Informationen über dessen Verpflichtung, auf Verlangen Nachforschungen über den nicht oder fehlerhaft ausgeführten Zahlungsvorgang anzustellen (zugrundeliegende Vorschrift: § 675y des Bürgerlichen Gesetzbuchs);
 - die Bedingungen für den Erstattungsanspruch des Verbrauchers bei einem vom oder über den Zahlungsempfänger ausgelösten autorisierten Zahlungsvorgang (beispielsweise bei SEPA-Lastschriften) (zugrundeliegende Vorschrift: § 675x des Bürgerlichen Gesetzbuchs);

- 10. zu Änderungen der Bedingungen und Kündigung des Zahlungsdiensterahmenvertrags
 - a) die Laufzeit des Zahlungsdiensterahmenvertrags;
 - b) einen Hinweis auf das Recht des Verbrauchers, den Vertrag zu kündigen;
 - gegebenenfalls einen Hinweis auf folgende kündigungsrelevante Vereinbarungen:
 aa) die Vereinbarung einer Kündigungsfrist für das Recht des Verbrauchers, den Vertrag zu kündigen, die einen Monat nicht überschreiten darf (zugrundeliegende Vorschrift: § 675h Absatz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs), bb) die Vereinbarung eines Kündigungsrechts des Zahlungsdienstleisters unter Einhaltung einer Frist von mindestens zwei Monaten, die voraussetzt, dass der Vertrag auf unbestimmte Zeit geschlossen ist (zugrundeliegende Vorschrift: § 675h Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs), cc) das Recht zur fristlosen Kündigung des Verbrauchers vor dem Wirksamwerden einer vom Zahlungsdienstleister vorgeschlagenen Änderung des Vertrags, wenn die Zustimmung des Verbrauchers zur Änderung nach einer Vereinbarung im Vertrag ohne ausdrückliche Ablehnung als erteilt gälte, sofern der Zahlungsdienstleister den Verbraucher auf die Folgen seines Schweigens sowie auf das Kündigungsrecht hingewiesen hat (zugrundeliegende Vorschrift: § 675g Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs);
- die Vertragsklauseln über das auf den Zahlungsdiensterahmenvertrag anwendbare Recht oder über das zuständige Gericht;
- 12. einen Hinweis auf die dem Verbraucher offenstehenden Beschwerdeverfahren wegen mutmaßlicher Verstöße des Zahlungsdienstleisters gegen dessen Verpflichtungen (zugrundeliegende Vorschriften: §§ 60 bis 62 des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes) sowie auf Verbrauchern offenstehende außergerichtliche Rechtsbehelfsverfahren (zugrundeliegende Vorschrift: § 14 des Unterlassungsklagengesetzes).

Abschnitt 3 Widerrufsfolgen

Im Fall eines wirksamen Widerrufs sind die beiderseits empfangenen Leistungen zurückzugewähren. Überziehen Sie Ihr Konto ohne eingeräumte Überziehungsmöglichkeit oder überschreiten Sie die Ihnen eingeräumte Überziehungsmöglichkeit, so können wir von Ihnen über die Rückzahlung des Betrags der Überziehung oder Überschreitung hinaus weder Kosten noch Zinsen verlangen, wenn wir Sie nicht ordnungsgemäß über die Bedingungen und Folgen der Überziehung oder Überschreitung (z. B. anwendbarer Sollzinssatz, Kosten) informiert haben. Sie sind zur Zahlung von Wertersatz für die bis zum Widerruf erbrachte Dienstleistung verpflichtet, wenn Sie vor Abgabe Ihrer Vertragserklärung auf diese Rechtsfolge hingewiesen wurden und ausdrücklich zugestimmt haben, dass vor dem Ende der Widerrufsfrist mit der Ausführung der Gegenleistung begonnen werden kann. Besteht eine Verpflichtung zur Zahlung von Wertersatz, kann dies dazu führen, dass Sie die vertraglichen Zahlungsverpflichtungen für den Zeitraum bis zum Widerruf dennoch erfüllen müssen. Ihr Widerrufsrecht erlischt vorzeitig, wenn der Vertrag von beiden Seiten auf Ihren ausdrücklichen Wunsch vollständig erfüllt ist, bevor Sie Ihr Widerrufsrecht ausgeübt haben. Verpflichtungen zur Erstattung von Zahlungen müssen innerhalb von 30 Tagen erfüllt werden. Diese Frist beginnt für Sie mit der Absendung Ihrer Widerrufserklärung, für uns mit deren Empfang.

Ende der Widerrufsbelehrung